

Menschen werden angemietet, verschlissen und dann entsorgt

Die „Oldenburgische Volkszeitung“ in Vechta berichtete am Montag, 21. Oktober, von acht Männern, die aus Syrien, dem Irak und dem Libanon stammen und als Reinigungskräfte bei Wiesenhof in Lohne von dem Subunternehmer, der sie beschäftigte, um ihren Lohn betrogen worden sind. Wenn man den Bericht liest, kommt einem alles sehr bekannt vor: 170,- € Lohn für 230 Arbeitsstunden, Bedrohung und Erpressung durch den Vorarbeiter, defekte oder fehlende Schutzkleidung, 500,- € als Eintrittsgeld für den Arbeitsplatz, sechs oder sieben Tage Arbeit in der Woche... Und auch die Reaktion von „Wiesenhof“ kommt einem irgendwie bekannt vor: „Die Lohnabrechnungen der Werkvertragsarbeiter werden halbjährlich durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüft...“, so heißt es. Diese hätten keine Verstöße gegen geltende Gesetze festgestellt. Faktisch gibt es nichts Neues! Das System der Ausbeutung läuft und läuft und läuft... Die Verantwortlichen sind bekannt. Konzerne verstecken sich hinter ihren kriminellen Subunternehmern. In Nordrhein-Westfalen hat Arbeitsminister Karl-Josef Laumann im Sommer 30 Großschlachthöfe kontrollieren lassen. Die Ergebnisse in Sachen Arbeitsausbeutung sind nach Laumanns Bekunden „katastrophal“.

Mein Bruder Florian ist Arzt und behandelt Arbeitsmigranten, Frauen und Männer aus Rumänien, Bulgarien und Polen täglich in seiner allgemeinmedizinischen Praxis in Goldenstedt, im Landkreis Vechta. Sie arbeiten in Großschlachthöfen in Wildeshausen, Ahlhorn und Lohne. Was er sieht und hört, macht ihn fassungslos und zornig. Die Totalerschöpfung der Patientinnen und Patienten ist fast schon alltäglich. Viele arbeiten sechs Tage in der Woche und zwölf Stunden am Tag. Sie haben keine Möglichkeit der Regeneration, weil sie durch ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ständig physisch und psychisch unter Druck stehen. Daraus resultieren eine ganze Reihe von Krankheitssymptomen: Von Überlastungsschäden im Bereich der Extremitäten und Wirbelsäule über psychovegetative Dekompensationen bis hin zu wiederholten bzw. hartnäckigen Infekten durch mangelhafte hygienische Zustände in den Unterkünften und gesundheitswidrige Bedingungen an den Arbeitsplätzen. Im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir beide hingewiesen auf eine erbärmliche Unterkunft in Ellenstedt, in der nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder hausen. Hastig wurde von den Verantwortlichen baldige Verbesserung gelobt. Lange ist nichts passiert, dann wurde die Immobilie abgebrochen. Bereits im Sommer 2018 hatte mein Bruder berichtet: „Arbeitsunfälle wie Schnittverletzungen sind an der Tagesordnung. Häufig lassen sich die Verletzten aber nicht krankschreiben, weil ihnen vom Arbeitgeber ganz deutlich gesagt worden ist: Wer mit dem gelben Schein kommt, kann gehen. So geschehen bei einer Arbeiterin mit einer ca. 10 cm langen, mit Naht versorgten, Schnittwunde, die sie sich bei der Arbeit zugezogen hatte. Trotz mehrmaligen dringenden Anratens lehnte sie eine Krankschreibung ab.“ Ähnliches erzählen die Flüchtlinge, die über Personaldienstleister bei Wiesenhof arbeiteten und betrogen worden sind: Wer sich krankschreiben lässt, fliegt raus. - Verätzungen am ganzen Körper sieht mein Bruder bei Patienten, die für Reinigungsarbeiten in den Schlachthöfen keine ausreichende Schutzkleidung zur Verfügung haben und zudem unter hohem Zeitdruck arbeiten. Ein Mitarbeiter einer Reinigungskolonie bei Wiesenhof in Lohne stellte sich in der Praxis vor, übersät mit ausgeprägtesten Verätzungen am ganzen Körper. Sämtliche Arbeiter der Reinigungskolonie, so berichtete er, hätten ähnliche Verätzungen, da es zwar Schutzanzüge gäbe, diese jedoch defekt und völlig unzureichend wären. Immer wieder erzählen Patienten meinem Bruder von Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund von Krankheit sofort aussortiert und ersetzt werden. Entsprechend hoch ist der Druck, trotz Krankheit und Schmerzen durchzuhalten. Ein bulgarischer Werkvertrags-Arbeiter eines Großschlachthofs in

Wildeshausen hat meinem Bruder seine Lohnabrechnung gezeigt: 1200,- € für 255 geleistete Arbeitsstunden. Zur Ausbeutung kommt die Demütigung: „Du bist nicht mehr wert! Deine Arbeitskraft ist nicht mehr wert!“

Seit langem stehe ich mit einem leitenden Mitarbeiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit im Kontakt, der seit Jahren in der Problematik „Missbrauch der Werkverträge“ ermittelt hat. Dieser Mitarbeiter hat auch die Verflechtung der Rocker-Szene in das Subunternehmer-Milieu in der Fleischindustrie im Blick. Ausführlich hat er mir geschildert, wie die systematische Ausbeutung der Arbeitsmigranten durch die Subunternehmen „funktioniert“.

Folgendes ist mir bei diesen Ausführungen besonders nachdrücklich in Erinnerung geblieben: Als billige Arbeitskräfte werden z. B. Vietnamesen in großem Stil illegal nach Deutschland geschleust. Sie kommen dann zunächst nach Berlin und werden dort mit der Tatsache konfrontiert, dass sie pro Person 10.000 € oder mehr „Schleusungs-Schulden“ haben, die sie natürlich nicht bezahlen können, die sie aber auf einem von drei Wegen „abarbeiten“ können: a) Prostitution; b) illegaler Zigarettenhandel in Berlin; c) als Arbeiter in der Fleischindustrie. Denken Sie an die 39 toten Vietnamesen in dem Kühlaster in England...

Die Fleischindustrie behandelt im großen Stil Arbeitsmigranten wie Maschinen, die man bei externen Dienstleistern anmietet, benutzt und nach Verschleiß austauscht. Mit Ausnahme weniger wie Brand in Lohne, Schulte in Lastrup oder Böselers Goldschmaus in Garrel weigern sich die Unternehmen, Verantwortung für die Arbeits- und Lebensbedingungen der eingesetzten Arbeitskräfte zu übernehmen. Und man lässt die Unternehmen bisher gewähren – auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter und auf (Sozial-)Kosten der Allgemeinheit.

Überall dort, wo Werkverträge und Leiharbeit das Mittel sind, um Arbeitskräfte wie Verschleißmaterial behandeln zu können, ist die Mitarbeiterfluktuation enorm hoch. Ein junges rumänisches Paar erzählte mir kürzlich, dass aufgrund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen bei „Westfleisch“ in Münster in Jahresfrist 1000 Arbeitsmigranten durchgetauscht worden seien. Inzwischen werden die Arbeitskräfte aus immer ärmeren Regionen Osteuropas rekrutiert. Erst waren es Menschen aus Polen, später aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien, jetzt kommen sie aus Moldawien oder der Ukraine, dann ist ihr Einsatz nicht selten illegal. Oder man verlegt sich darauf, geflohene Menschen anzuwerben und auszubeuten. Mein Bruder sieht jeden Tag, dass diejenigen, die es trotz der Menschenschinderei schaffen, über mehrere Jahre durchzuhalten, chronische Leiden davontragen. Durch die harte körperliche Arbeit in feuchten und sehr kalten Räumen unter ständigem Druck, noch schneller zu arbeiten, ist auch der Stärkste irgendwann physisch und psychisch am Ende. Durch die Arbeitszeiten sind die Betroffenen über Jahre hin nicht in der Lage, Sprachkurse oder Integrationsangebote wahrzunehmen. So sprechen viele kaum Deutsch. Rund um die Uhr haben sie bereit zu stehen, Arbeit wird häufig kurzfristig per SMS befohlen, Überstunden werden nicht selten spontan angeordnet. Die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in den Orten ist dadurch sehr erschwert oder unmöglich. Eine Integration der Arbeiter, und jetzt verstärkt auch ihrer Familien, kann so kaum stattfinden. Parallelwelten sind entstanden. Ein Übriges tut die auf Abschottung angelegte Unterbringung. Arbeitsmigranten hausen - zum Teil mit Kindern – in verschimmelten und überbelegten Bruchbuden. Alteingesessene Bürger zocken sie dafür mit Wuchermieten ab.

„... Aber es hat sich doch auch schon manches verändert und ist besser geworden...“, so höre ich immer die Leute sagen, wenn der Missbrauch der Werkverträge und der Leiharbeit zur Sprache kommt. – Wo denn? Wo sind Arbeitsmigranten sicher vor Ausbeutung und Abzocke? – In der Fleischindustrie jedenfalls nicht! Auch anderswo scheut man sich offensichtlich nicht, die Not der Menschen aus Ost- und Südosteuropa auszunutzen. Das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU begünstigt krasse Ausbeutung und eine Mehrklassen-Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt: Arbeitnehmer mit Tarifen und Rechten und solche, die in vielfacher Hinsicht um einfachste Lohn- und Sozialstandards betrogen werden.

Dass Menschen aus Rumänien und Bulgarien als gleichwertige Mitbürger und Nachbarn gelten und nicht missbraucht werden als Billiglöhner und Drecksarbeiter – davon sind wir noch weit entfernt! Große und namhafte Unternehmen und Persönlichkeiten dieser Region scheuen sich nicht, mit Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen zusammenzuarbeiten, hinter denen verurteilte Straftäter stehen. Wer jedoch mit Menschenhändlern und Sklaventreibern gemeinsame Sache macht, ist mitschuldig am Menschenhandel und an der modernen Sklaverei in unserm Land.

„Wie kann es sein, dass Menschen so behandelt werden in Ihrer doch so christlich geprägten Region?“, das bin ich oft gefragt worden. – Vielleicht, weil zu viele wegschauen, ihr Gesicht und ihren Namen nicht zur Verfügung stellen für eine klare Position dagegen?! –

Ein Sumpf von kriminellen Subunternehmern und dubiosen Leiharbeitsfirmen wird genutzt, um Lohnkosten zu drücken und Unternehmer-Verantwortung abzuwälzen. Wer mit Kriminellen Geschäfte macht, ist selbst kriminell. Wer sich die Mafia zunutze macht, ist Mafia! Das ist besonders verwerflich, weil es hier um Menschen geht, um deren Würde und Rechte. Ausbeutung von Menschen, Sklaverei, „funktioniert“ bis heute immer da, wo Menschen als Nummer geführt werden, wo sie kein Gesicht haben, keinen Namen und keine Geschichte. Osteuropäische Werkvertragsarbeiter sind uns meist nicht persönlich bekannt: Sie leben unter uns und sind doch Bürger einer dunklen Parallelwelt, eine große anonyme Gruppe, eine „Geisterarmee“: Arbeitskräfte ohne Gesicht, ohne Namen und Geschichte. So werden sie ohne Aufsehen und ohne schlechtes Gewissen ausgebeutet, betrogen und gedemütigt.

Das deutsche Arbeitsrecht geht davon aus, dass die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten Sache des Beschäftigten ist. Das ist für Arbeitsmigranten leider weit weg von der Wirklichkeit. Eine Unterstützung durch Betriebsräte oder Gewerkschaften wird vorausgesetzt. Betriebsräte jedoch und Gewerkschaften sind für Werkvertrags- und Leiharbeiter nur sehr bedingt vertretungsberechtigt. Arbeitsmigranten in einem bestehenden Arbeitsverhältnis können ihre vorenthaltenen Ansprüche kaum geltend machen. Sie haben begründete Angst vor dem Jobverlust und vor den Kosten eines Rechtsstreits. Dieses Ausgeliefertsein und die faktische Unmöglichkeit der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten macht die Werkvertrags- und Leiharbeit so attraktiv für gewissenlose Manager und Menschenhändler und so anfällig für gnadenlose Ausbeutung in der Fleischindustrie, aber genauso auf dem Bau, in der Logistik und anderswo. Hier auf bessere Einsicht oder auf Menschlichkeit zu hoffen, ist leider naiv und realitätsfern. In Deutschland haben wir im internationalen Vergleich eine besonders starke Zersplitterung der Kontrollbehörden. Die Verlagerung einer Leiharbeitsfirma ins Nachbar-Bundesland bedeutet oft schon das faktische Ende strafrechtlicher Verfolgung.

Selbstverpflichtungserklärungen der Fleischindustrie sprechen der Wirklichkeit Hohn. Allenfalls haben bestehende Selbstverpflichtungserklärungen den Sklaventreibern Luft und Zeit verschafft, ihr menschenverachtendes Geschäft unbehellig weiter zu betreiben!

Der Mindestlohn wird umgangen und ausgehöhlt: durch eine Vielzahl unbezahlter Überstunden; 290,- bis 420,- € monatlich für ein Bett im vergammelten Mehrbettzimmer; Vermittlungsgebühren als Eintrittsgeld für ein Beschäftigungsverhältnis; das Werkzeug oder die Benutzung des Pausenraums wird dem Arbeiter in Rechnung gestellt; willkürliche, völlig ungesetzliche, Strafgeelder; anfallende Gebühren für Übersetzungen; erzwungene Vorarbeiter-Bestechung; kostenpflichtiger Transport zur Arbeitsstelle; Erhöhung der Schlagzahl (Laufgeschwindigkeit des Fließbandes) ...

Wenn der Rechtsstaat hier nicht völlig ad absurdum geführt werden soll, braucht es eine Behörde, die Recht und Gesetz durchsetzen kann. Die nicht, wie die Kontrollbehörden bisher, der Mafia machtlos hinterher schaut. An der Hygiene-Schleuse der Großschlachtereier ist der Rechtsstaat am Ende seiner Möglichkeiten. Das kann man doch nicht einfach so hinnehmen! Passiert aber. Die Empörung darüber hält sich in Grenzen.

Menschen, die heute trotz schwerster Arbeit arm sind und arm bleiben, sie sind die Altersarmen von morgen. Und immer werden sie Sozialleistungen brauchen. Das bedeutet: Die Gesellschaft ermöglicht prekäre Beschäftigung durch Sozialtransfers. Wir subventionieren damit indirekt und ohne Grund verantwortungslose Geschäftsmodelle. Das ist doch nicht richtig! Warum wehren sich unsere Kommunen hier nicht? Will die Politik das Unrecht nicht sehen? Oder ist sie machtlos? Und wenn ja, warum? Wer dirigiert die Politik in den Kommunen und Landkreisen wirklich und mit welcher Berechtigung?

Auf Einladung des Landescaritasverbandes Oldenburg habe ich im Herbst in Vechta über die Situation der Arbeitsmigrant*innen im Oldenburger Land gesprochen. In der sich anschließenden Diskussion hat der Bürgermeister von Visbek, Gerd Meyer, ein vorbereitetes, aber nicht angekündigtes, langes Gegenreferat gehalten, in dem er mich der wiederholten undifferenzierten Pauschalierung, der Diffamierung von örtlichen Unternehmen und der Verunglimpfung der ganzen Region bezichtigte. Zum Unmut der Zuhörerinnen und Zuhörer listete Bürgermeister Meyer auf, was er selbst und die Gemeinde Visbek in den vergangenen Jahren zum Wohl der Arbeitsmigrant*innen unternommen hätten. Die Gemeinde Visbek unternimmt tatsächlich einiges, um der Not der Arbeitsmigrant*innen zu begegnen. Gleichwohl ist damit aber die Systemfrage überhaupt nicht beantwortet. Es braucht einen Systemwechsel! Wenn es nicht dabei bleiben soll, die Symptome zu behandeln, muss man an die Ursachen ran! Nach wie vor gibt es massive Menschenrechtsverletzungen an Arbeitsmigrant*innen, Ausbeutung und Abzocke zehntausendfach. Damit darf sich die Gesellschaft nicht abfinden mit dem Hinweis auf lokale Charity. Auch in Visbek, wie in der ganzen Region, gibt es Verantwortliche, die das System der Ausbeutung für sich nutzen. Und denen muss man es vorhalten, auch wenn das unbequem ist und für Unruhe sorgt!

Küken-Schreddern, Puten-Qualzucht, die Vergiftung der Böden und des Grundwassers und die Ausbeutung und Abzocke von Arbeitsmigranten aus Ost- und Südosteuropa haben einen *inneren Zusammenhang*. Gnadenlos werden Mensch, Tier und Umwelt ausgebeutet – zum Profit einiger und zum Schaden aller! Wer aber Menschen verachtet, der geht auch mit den Tieren und der Umwelt schlecht um!

Papst Franziskus sagt: „Die menschliche Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam, und wir werden die Umweltzerstörung nicht sachgemäß angehen können, wenn wir nicht auf Ursachen achten, die mit dem Niedergang auf menschlicher und sozialer Ebene zusammenhängen.“ (Laudato si 48)

Konsumverhalten und Geizmentalität ist das eine. Aber gerade aus der Beschäftigung mit dem Missbrauch der Werkverträge weiß ich, dass enorme Gewinne abgeschöpft werden an Stellen, wo es nicht gerechtfertigt ist. Einer der Riesen in der Fleischbranche hat gegenüber dem Magazin „Stern“ eingeräumt, wenigstens zehn Jahre lang der Unternehmer, der Subunternehmer und die Immobilienfirma gewesen zu sein, die die Wohnungen an die Arbeiter vermietet hat. Die auf diese Weise erwirtschaftete Summe ist Geld, das den Arbeitern und Arbeiterinnen vorenthalten wurde! Der gleiche Konzern war lange, wie andere auch, von der EEG-Umlage, also dem Beitrag für die Förderung der erneuerbaren Energien, befreit, weil er besonders viele Werkvertragsarbeiter beschäftigt hat und damit „Sachkosten“ nachweisen kann, die in der Bruttowertschöpfungskette bei über 14% liegen. Werkvertragsarbeit und Leiharbeit werden als „Sachkosten“ abgerechnet, wohlgerne als „Sachkosten“, nicht als „Personalkosten“! Der Mensch als Sache: austauschbar, wegwerfbar.

Subunternehmen und Personaldienstleister erledigen mancherorts die Drecksarbeit der Ausbeutung. Die Unternehmen bleiben rechtlich sauber. Im kleinen Bundesland Bremen gibt es nach einer Recherche des Deutschlandfunk 210 Personaldienstleister! Nach der gleichen Recherche sind 40% aller Beschäftigungs-Verhältnisse in Bremen prekär!

Die Ausbeutung von Mensch und Schöpfung ist nicht schicksalhaft und nicht „normal“ oder sogar notwendig. Sie gleicht einem Krebsgeschwür mit tödlichem Wachstum. „Billig! Billig! Billig!“ hat einen hohen Preis. Den Preis für die billigen Lebensmittel bezahlen die Landwirte mit ihrer Existenz, die Rumänen und Bulgaren mit ihrer Gesundheit und die Natur mit der Artenvielfalt und dem ökologischen Gleichgewicht. Der Hunger in der Welt hat mit dem verramschten Fleisch hier bei uns zu tun. Existenzen werden dafür vernichtet: Die bäuerliche Landwirtschaft geht zugrunde; Arbeitsmigranten aus Ost- und Südosteuropa werden als Lohnsklaven ausgebeutet, betrogen und gedemütigt, verschlissen und dann aussortiert.

Löcher werden als Wohnungen vermietet: 500,- € für 17qm einer verschimmelten Bruchbude, ohne ausreichende Elektrizität mit undichtem Dach – mitten in Vechta! Wer kontrolliert hier wirklich? Rumänen und Bulgaren sollen bei uns schwerste Drecksarbeit machen und Steuern zahlen, sollen darüber hinaus aber unsichtbar sein und keine Ansprüche stellen! Wenn, wie in Garrel im Landkreis Cloppenburg, über den geeigneten Ort für Betriebswohnungen gestritten wird, dann muss man doch sagen: Die Leute kommen nicht erst noch. Die sind schon lange da! Erzieherinnen in Lengerich erzählen mir von verstörten, verängstigten und geschwächten Kindergartenkindern, die in solchen Verhältnissen leben und aufwachsen. Manche verschlafen fast den ganzen Kindergarten tag, weil sie nachts in den Unterkünften Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch und auch Prostitution miterleben.

Jeden Tag kaufen in Deutschland eine Million Männer den Körper einer Frau. Fast der ganze deutsche Straßenstrich wird bedient durch Mädchen und Frauen aus Rumänien und Bulgarien. So an der B 68 nördlich von Osnabrück. Oft sind es Roma, oft Analphabetinnen, nicht selten sind es Minderjährige. Sie werden hierher gelockt mit dem Versprechen einer Arbeit in der Gastronomie oder im Frisörhandwerk. Einmal in Deutschland angekommen, werden sie jedoch in großer Zahl zur Prostitution gezwungen und gefügig gemacht mit Drogen und

angedrohter und mit ausgeführter körperlicher und psychischer Gewalt; und dies nicht selten von den gleichen Leuten, die im Hauptgeschäft Männer und Frauen als Billiglöhner in die Fleischfabriken schleusen. International agierende Rockerbanden zum Beispiel nutzen die Arbeitnehmer-Entsendung zum Menschenhandel. Zynisch formuliert kann man sagen: „Fleisch ist Fleisch“ und das eine wird so verächtlich behandelt und gehandelt, wie das andere – mit dem Unterschied, dass *Tierhandel* und *Tierhaltung* stärker reguliert ist! Wenn in unserem Bistum Münster gern an Clemens August Kardinal von Galen erinnert wird, dann muss man darauf hinweisen: Wir verraten hier das, was ihm heilig war: Die Würde jedes Menschen!

Die Subunternehmer haben die Arbeiter und Arbeiterinnen direkt oder über Kontaktleute in ihren Heimatländern angeworben, oft mit Versprechungen bzgl. Lohn und Wohnung, die in der Realität nicht annähernd eingehalten werden. Die Arbeiter werden vielmehr in eine Abhängigkeit von ihrem Arbeitgeber gebracht durch eine Art Schuldklaverei oder durch angedrohte und ausgeführte körperliche und psychische Gewalt gegen sie selbst oder ihre Angehörigen in der Heimat, durch Vorenthaltung von zustehendem Lohn, durch Einbehaltung des Reisepasses, durch Verquickung von Arbeits- und Wohnmöglichkeit, durch Abschottung vom deutschen Umfeld, durch das ausdrückliche Verbot, über Arbeit und Arbeitgeber zu reden, durch willkürliche und völlig illegale „Strafgelder“, durch die Drohung, bei einem Ausstieg aus der Arbeit auf die „schwarze Liste“ gesetzt zu werden und nirgendwo in der Region neue Arbeit zu finden. Die Arbeiter werden hingehalten, gedemütigt und erpresst.

Das erste Wort, das Arbeitsmigranten in unserer Sprache lernen, ist „Schneller!“ Ärzte wie mein Bruder berichten sehr eindrücklich, was das mit Frauen und Männern macht, wenn sie 6 Tage in der Woche, 12 Stunden am Tag bei minus 18 Grad arbeiten oder immer den gleichen Schnitt durch einen Tierkörper machen oder 30kg-Kisten schleppen. Zur körperlichen Belastung kommt die psychische: Die Demütigungen, die Angst und die ständige Sorge, wie es morgen weitergeht. Menschen werden zu Krüppeln geschunden, dann aussortiert und ersetzt – mitten unter uns!

Sozialleistungen halten diese Menschen über Wasser, obwohl sie täglich schwerste Arbeiten verrichten. Wirtschaftlich gesunde Unternehmen rechnen ohne Not öffentliche Leistungen wie die Hartz- IV-Aufstockung, Kindergeld und Wohngeld von vornherein in ihre Lohnkalkulation mit ein, anstatt selbst die Leute so zu bezahlen, dass sie von ihrem Einkommen auch leben können. Das ist doch der eigentliche Sozialbetrug! Das sind Steuergelder, unrechtmäßige Subventionen! Allzu leicht werden aber die Opfer kriminalisiert, nicht die Täter. Eine aktuelle interne Arbeitsanweisung der Bundesagentur für Arbeit stellt hilfeschuchende Personen aus bestimmten europäischen Ländern unter einen kriminellen Generalverdacht - „Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch“, so heißt das. Was ist denn mit den Arbeitgebern, die ihre Mitarbeiter in die Not und Hilfsbedürftigkeit bringen und sie darin festhalten?? Das sind doch die „Sozialschmarotzer“!

Am 30. Oktober habe ich in Düsseldorf teilgenommen an einer Tagung, die das Beratungsprojekt „Faire Mobilität“ vorbereitet hatte zum Thema: „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten“. Einer der Referenten war Dr. Timo Baas, Professor für Volkswirtschaftslehre an der DHBW Stuttgart. Er führte aus, dass 90 Prozent der EU-Zugewanderten des Jahres 2018 im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 64 Jahren gewesen seien. Wörtlich: „Aufgrund ihrer hohen Erwerbsquote - sie lag im Juli 2019 insgesamt bei 58,9 Prozent, die der bulgarischen und rumänischen Bevölkerung sogar bei 66,5 Prozent - tragen EU-Ausländer positiv zu unserer

Wirtschaftsentwicklung bei. Sie stabilisieren die sozialen Sicherungssysteme und reduzieren die Auswirkungen des demografischen Wandels.“, so Prof. Baas. In den letzten Jahren habe jedoch die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse stark zugenommen. Häufig ist nach seinen Erkenntnissen Ausbeutung mit bestimmten Beschäftigungsformen wie Entsendung, Saisonarbeit, Soloselbständigkeit und geringfügiger Beschäftigung verknüpft: „Kriminelle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nutzen die Möglichkeit zur internationalen Entsendung von Arbeitskräften, um einen erheblichen Anteil des Lohns einzubehalten und Arbeitsschutzrechte zu untergraben.“ Sehr hoch sei mit bis zu 50 Prozent darüber hinaus die Zahl der EU-Bürgerinnen und -Bürger unter den Obdachlosen. Hintergrund könne der während der Arbeitssuche geltende Ausschluss von Grundsicherungsleistungen sei. Dabei trügen EU-Bürgerinnen und -Bürger, so Baas, erheblich zur Stabilisierung des deutschen Sozialsystems bei.

„Der Kossen erzählt uns nichts Neues, immer das Gleiche...“, sagen manche. – Das ist doch der Skandal, dass es nichts Neues gibt! Seit Jahren nichts Neues. Menschen werden wie Dreck behandelt. Ein Umdenken ist nicht erkennbar. Kriminelle Subunternehmer werden ersetzt durch kriminelle Subunternehmer! Es wird sich nichts verändern, wenn nicht die Behörden wie der Zoll und die Gewerbeaufsicht rechtlich und personell in die Lage versetzt werden, effektiv die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren!

Menschen werden abgehängt, abgedrängt in Parallelwelten und Subkulturen, werden als Rumänen und Bulgaren diskriminiert und rassistisch herabgewürdigt. Paketdienste, Ausstell-Kolonnen, Fleischfabriken, Schiffsbauer, Landwirtschaft, häusliche Pflege – bis in Kleinstbetriebe, aber auch in Privathaushalten, hat man „seine Polin“ oder „seinen Rumänen“. Arbeitsmigranten werden behandelt wie Menschen zweiter Klasse, wie Leibeigene. Wer das zulässt, macht sich schuldig an diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch an unserer Gesellschaft. Unsere Werte verrotten auf diese Weise von innen.

Eigentum ist immer geliehen; ungeschmälert schulden wir es der nachfolgenden Generation. Als Leihgabe verpflichtet Eigentum zur Solidarität. Eine zukunftsfähige Weltwirtschaftsordnung geht von einem Menschenbild aus, das ein Recht auf Teilhabe an den Gütern der Erde *allen* zuspricht. Das Kapital hat dem Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Menschenwürdig leben können, muss die Ermöglichung guter Arbeit sein, nicht ihr Lohn!

Die ständige Ausweitung der Werkvertrags- und Leiharbeit in unserm Land und ihr Missbrauch zum Zweck von Lohn- und Sozialdumping hat ihren Ausgang genommen von der Fleischindustrie. Mittlerweile haben Teile der Metallindustrie, der Logistik und viele andere Branchen sich ein Beispiel genommen. Es geht dabei keineswegs um Flexibilisierung, sondern um primitive Lohndrückerei und das Absenken von Sozialstandards!

"Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden." (EG 202)

Menschen werden benutzt, verschlissen und dann entsorgt - wie Maschinenschrott: „Wegwerfmenschen“. Weil es legal ist, viel Geld spart und Unternehmer-Verantwortung auf ein absolutes Minimum reduziert, hat dieses miese Beschäftigungsmodell Schule gemacht: Wegwerfmenschen bauen Kreuzfahrtschiffe und teure deutsche Autos, schufteten als Scheinselbständige auf Baustellen, bei Ausstell-Kolonnen und als Paketzusteller. Der Rechtsstaat lässt es geschehen. Die Gesellschaft schaut weg.

Wer nicht den Mut hat, das System zu wechseln, die Sklavenhalter ins Gefängnis zu bringen und die Arbeiter in Festanstellung, der wird immer nur an den Symptomen herumdoktern, aber nie das Übel beseitigen. Das EU-Aufenthaltsrecht, kombiniert mit Hartz IV („nur der Mensch in Arbeit hat Recht auf Aufenthalt und Bezug von Sozialleistungen“) wird für viele EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien zur Falle, weil sie gezwungen sind, notfalls auch ausbeuterische Job-Angebote in der Fleischindustrie, auf dem Bau oder bei den Paketzustellern anzunehmen. Frauen sind aus diesem Grund leicht Opfer von Zwangsprostitution. Allein in der Stadt Münster gibt es deshalb 400 bulgarische Prostituierte. Wer die Schinderei nicht mehr aushält, wird weggeschickt, oft noch um den letzten Lohn geprellt: Wegwerfmenschen! Weil in der Regel ein Großteil der Arbeiter (80% oder mehr) nicht beim Schlachthof angestellt ist, sondern bei einem Subunternehmer, brauchen sich die Unternehmer der Fleischindustrie bei dieser Form moderner Sklaverei gar nicht die Hände schmutzig machen.

Was ist zu tun, um Arbeitsmigranten vor der Ausbeutung zu schützen?

- 1) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!
- 2) Unfallschutz und Krankenversicherung im Land der Arbeit, also hier und nicht irgendwo!
- 3) Ortsnahe, unabhängige, kostenlose muttersprachliche Rechtsberatung der betroffenen Arbeitsmigranten - bis vor Gericht!
- 4) Eine Arbeitskontrollbehörde, die Gesetze durchsetzt und kriminelle Strukturen zerbricht!
- 5) Wohnungen für die Arbeitsmigranten und ihre Familien, Wohnungen, nicht Rattenlöcher!
- 6) Zurück zur Stammebelegschaft! – Begrenzung der Werkvertrags- und Leiharbeit!

Wenn der Wernsing-Feinkost-Konzern immer schon ohne Werkvertragsarbeiter auskommt und die Großschlachtereier „Böseler Goldschmaus“ die Arbeiter anstellt und ihnen Wohnungen baut, warum dann nicht Tönnies, Heidemark, Plukon, Wiesenhof, Westfleisch, Vion und Danish Crown, die Meyer-Werft, Daimler-Benz und VW??

Was ist mit den „Nebenkosten“ der Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wer trägt Sorge dafür, dass entstandener Schaden wiedergutmacht wird? Wer kommt für die Kosten absolut notwendiger Integration auf? Warum nicht die profitierenden Unternehmen?!

Was muss denn erst noch passieren, damit die Landkreise und Kommunen einschreiten? Wie lange kann eine Gesellschaft wegschauen? Papst Franziskus schreibt über diese Entwicklung: *„Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann.“* (Evangelii gaudium 53)

Ich bin überzeugt: Eine Gesellschaft, die solches zulässt, zerstört das Leben dieser Menschen und letztlich auch sich selbst. Eine solche Gesellschaft kann technisch hoch entwickelt sein. Wenn ihr die Solidarität und das Bewusstsein für die unveräußerliche Würde *eines jeden Menschen* verloren gegangen ist, verliert sie ihre Kultur: die Wurzeln, aus denen sie lebt.

Am 4. Januar des vergangenen Jahres habe ich mit einigen Fachleuten und Engagierten den Verein **„Aktion Würde und Gerechtigkeit“** gegründet. Wir wollen Arbeitsmigranten aus Ost- und Südosteuropa stark machen und so dazu beitragen, dass ihre Integration gelingt. Würde und Gerechtigkeit wird ihnen in unserem Land oft vorenthalten. Das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ stellt in seinem jüngsten Bericht für den Deutschen Bundestag zur Entwicklung der Menschrechtssituation in Deutschland fest:

*„Arbeitsmigrant*innen erleben hier trotz gesetzlicher Änderungen und ausgebauter Unterstützungsstruktur nach wie vor schwere Ausbeutung, beispielweise auf dem Bau, in der fleischverarbeitenden Industrie, der Pflege oder Landwirtschaft. Das heißt, sie arbeiten letztlich für zwei bis drei Euro die Stunde, mit vielen Überstunden und ohne soziale Absicherung. Ein zentrales Problem: Sie können ihr Recht auf Lohn ganz häufig nicht durchsetzen. Fehlende Sprach- und Rechtskenntnis, Abhängigkeit vom Arbeitgeber, fehlende Beweismittel sowie ein erschwerter Zugang zu Beratung führen zu einer strukturellen Unterlegenheit gegenüber den Arbeitgebern, die durch bestehende einzelne rechtlichen Instrumente nicht ausgeglichen werden kann. Es braucht ein effektives Gesamtkonzept, mit dem der Staat seine grund- und menschenrechtliche Verpflichtung umsetzt, betroffenen effektiven Zugang zum Recht zu gewähren.“*

Der neugegründete Verein „Aktion Würde und Gerechtigkeit“ ist als gemeinnützig anerkannt und will durch ein Netzwerk von Juristen und juristisch geschulten Ehrenamtlichen den Rechtsweg für Arbeitsmigranten leichter zugänglich machen. Das beginnt damit, dass Anträge bei Gericht für Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe übersetzt und Menschen, die kein Deutsch sprechen, bei der Antragstellung unterstützt werden. Juristische Beratung und Vertretung auch vor Gericht soll dadurch leichter zugänglich werden. Zugleich streben wir ein Netzwerk von Unterstützer*innen vor Ort an, also überall da, wo Arbeitsmigrant*innen leben und arbeiten, also überall. Da geht es um Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit Betroffenen, um Hilfe in akuter Not; unsere Mitarbeiter*innen können „Türöffner“ sein zu Institutionen und Behörden, auch zu Beratungsangeboten. Kontakte werden hergestellt zu Anwalt*innen vor Ort und, wenn nötig, zu Sprachmittler*innen. Sozialrechtler*innen, Sozialarbeiter*innen, (Arbeits-)Mediziner*innen können ihre Fachkenntnisse einbringen. Die wichtigste Voraussetzung ist allerdings die Achtsamkeit für die Situation der Arbeitsmigrant*innen und die Bereitschaft, ihre Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen. In Visbek und Lohne überlegt die Flüchtlingshilfe, ob sie ihr Engagement auf die große Gruppe der Arbeitsmigrant*innen ausweiten kann, weil durch den erschwerten Zugang nicht mehr so viele Flüchtlinge bis zu uns durchkommen.

Dieses Beispiel habe ich aufgegriffen und angeregt, dass vielleicht auch anderswo Gruppen und Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, in Erwägung ziehen, Ihr Engagement auszuweiten auf die große Gruppe der Arbeitsmigranten, die wir überall und noch weitaus zahlreicher vorfinden. Die Fachkenntnisse darüber, was zu einer gelingenden Integration in unsere Gesellschaft nötig ist (Wohnungen, Sprachkurse, Behördenkontakte, informelle Treffpunkte, Ausbildungsplätze, Zugang zu Sportvereinen und anderen Freizeitaktivitäten...) – diese Fachkenntnisse bringen die Engagierten der Flüchtlingshilfe mit. Und die Arbeitsmigranten aus Ost- und Südosteuropa brauchen sie so dringend und finden bisher fast nichts davon vor! Eine Dame, die in Lengerich sehr engagiert ist im Sportbereich sagt: „Die geflohenen Menschen finden den Weg in unsere Sportvereine, die Arbeitsmigranten nicht.“

Kürzlich schrieb mir eine Dame: „Ich bin Förderschullehrerin und wir bekommen an die Schulen bei uns im Landkreis Diepholz (...), wo ich arbeite, immer mehr Kinder aus Bulgarien, Moldawien an die Schulen. Diese können kein Deutsch und haben eine sehr geringe Schulvorbildung. Obwohl sie in die 5.,6.,7., Klasse eingeschult werden, können sie kein Englisch und oft kaum im Bereich bis 20 rechnen. Sie bleiben oft von der Schule weg, nach eigenen Aussagen, um auf jüngere kranke Geschwisterkinder aufzupassen, oder gehen früher, weil sie ihre Geschwister vom Kindergarten abholen und versorgen müssen, scheinbar weil

die Eltern arbeiten müssen. Sie sprechen zunächst kein Deutsch und müssen die deutsche Schrift erlernen, teilweise bleiben sie Monate weg, tauchen dann wieder auf, die Eltern sind schwer erreichbar. Bei mir an der Schule vegetieren die Kinder in den Klassen vor sich hin, niemand kümmert sich. Teilweise sind sie drei Jahre an der Schule und können immer noch kaum Deutsch, Rechnen, Lesen oder Schreiben. Sonderpädagogischer Förderbedarf darf nicht eingeleitet werden, weil die Kinder zwei Jahre Notenschutz haben, dann müssen sie ein Schuljahr wiederholen und erst dann, wenn sie wieder wiederholen müssten, kann man ein Überprüfungsverfahren einleiten. Bis dahin ist der Lernfrust groß und die Kinder haben so viel versäumt, dass man kaum mehr etwas für sie tun kann. Leider haben wir keine speziellen Sprachförderlehrkräfte und so werden die Kinder kaum mit Förderunterricht versorgt und sich selbst überlassen. Sie bekommen kein differenziertes Material, teilweise haben sie gar keine Schulbücher, weil die Eltern das nicht hinbekommen, sie bekommen keinen Nachteilsausgleich, es ist ein großes Elend. Unsere Schule ist davon überfordert, die Lehrkräfte zucken mit den Schultern und sagen, wir können das nicht leisten, das war's. Dazu kommen die Flüchtlingskinder. Ich habe vermutet, dass die Eltern in der Landwirtschaft hier in der Umgebung arbeiten, bei Leiharbeitsfirmen, wo sie den ganzen Tag von einem Schweinestall zum nächsten zum Ausmisten fahren oder in der Prostitution, aber erst nach dem Hinweis auf Ihren Vortrag bin ich direkt darauf gestoßen.“

Vor einigen Wochen bekam unser Verein „Aktion Würde und Gerechtigkeit“ vom Hauptzollamt in Münster in Verbindung mit der Staatsanwaltschaft Münster die Anfrage, ob wir sogenannte Opferzeugen in Obhut nehmen könnten. Hintergrund dieser Anfrage ist der gesetzliche Auftrag, mit dem die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) seit diesem Sommer Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung verfolgt. Ausgestattet mit umfassenden Polizeirechten, verfolgt die FKS Menschenhandel und moderne Sklaverei. Entscheidend für eine erfolgreiche Verfolgung der Sklaventreiber ist dabei die Frage, ob es gelingt, an tragfähige Aussagen Betroffener zu kommen. Die FKS eine Gruppe von sechs Frauen und Männern vietnamesischer Nationalität festgenommen, die eine Kette von Nagelstudios betrieben und dabei Landsleute ausgebeutet hat. In diesem Zusammenhang war die FKS mit der Staatsanwaltschaft im Vorfeld auf unseren Verein zugekommen mit der Bitte, uns nach der Vernehmung um die Betroffenen zu kümmern. Den Opferzeugen, die illegal in Deutschland lebten und arbeiteten, sollte für die Dauer des zu erwartenden Prozesses ein gesicherter Aufenthaltsstatus und Wohnung und Betreuung in Aussicht gestellt werden, um sie so als Zeugen zu gewinnen. Tatsächlich hatten wir alles für eine gute Aufnahme vorbereitet, aber es ist nicht zur Unterbringung gekommen. Keiner der Betroffenen hat sich zur Aussage bereitgefunden. Zum Erfolg der Strategie wird es wohl weiterer Versuche bedürfen. Der Mangel an Aussagen von Opferzeugen ist auch ein zentrales Problem in der Verfolgung von Zwangsprostitution.

Der evangelische Theologe und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer hat einmal gesagt, es könne die Situation eintreten, in der es für die Kirchen darauf ankäme „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer: „Die Kirche vor der Judenfrage“, April 1933). Dann müssen *die Kirchen genau dort* stehen und Widerstand leisten gegen Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt. Denn „*eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts*“. Dieser Dienst bedeutet, denen zu helfen, die unter die Räder geraten sind, und, wenn nötig, dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Verletzbar an der Seite der verletzten Schöpfung: Da ist unser Platz als Christinnen und Christen!

Peter Kossen